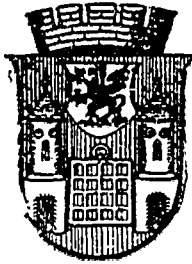


Schwedter Tageblatt

Verständigungsblatt für alle Bekanntmachungen der Städte Schwedt und Vierraden

Fernsprecher Nr. 42.

Das „Schwedter Tageblatt“ erscheint täglich. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung aus der Geschäftsstelle 1,50 M., bei Lieferung durch unsere Boten frei ins Haus 1,60 M. für den Monat. Für Postbezieher Bestellschein besonders.



Postcheckkonto Berlin 39142.

Anzeigen werden die einseitige Zeile mit 20 Pf. berechnet. Für Innehaltung der Wiederholungsdaten wird keine Gewähr übernommen. Schluß der Anzeigen-Annahme 11 Uhr vormittags, größere Anzeigen werden tags vorher erbeten.

Druck und Verlag: Buchdruckerei & Schulz in Schwedt a. O. Für den Inhalt verantwortlich: F. Schulz in Schwedt a. O.

Nummer 146

Mittwoch, den 24. Juni 1925

32. Jahrgang

Chronik des Tages.

- Reichspräsident v. Hindenburg hat in Gegenwart des Reichsjustizministers die Vertreter der Aufwertungsorganisationen empfangen.
- In Stuttgart wurde die Ausstellung über die Kriegspropaganda im Auslande eröffnet.
- Der Reichsarbeitsminister beziffert den Fehlbetrag an Wohnungen im Reich auf rund 600 000.
- Der Reichsverband der Deutschen Industrie ist zu einer dreitägigen Tagung in Köln zusammengetreten.
- In Madrid ist das spanisch-französische Abkommen über die Diktierung Marokkos unterzeichnet worden.

England und der Sicherheitspakt.

Eine Rede Lord Haldanes.

Der ehemalige englische Kriegsminister Lord Haldane, der, wie erinnerlich, im Jahre 1912 von der englischen Regierung nach Deutschland entsandt worden war, um mit der deutschen Regierung über die Einschränkung der Flottenrüstungen zu verhandeln, hielt dieser Tage in London eine Rede über die deutsch-englischen Beziehungen.

Der englische Staatsmann begann damit, daß die Beziehungen zwischen Deutschland und England durch die jüngsten Ereignisse eine neue Form erhalten hätten. Der von Deutschland vorgeschlagene Sicherheitspakt beziehe darin, daß man lieber zu einem Schiedsgericht seine Zuflucht nehmen solle, als sogleich zum Schwerte zu greifen. Die ganze Angelegenheit sei vom Schiedsgerichtsgedanken durchdrungen.

England spiele in dieser Frage eine besondere Rolle, denn sein Standpunkt sei weder der Deutschlands, noch Frankreichs, sondern der eines Landes, das auf der ganzen Welt den Frieden herbeibringen wolle. Den Versailler Vertrag habe er immer für einen schlechten Vertrag gehalten. Die Erhaltung des Friedens in Westeuropa sei ein rein englisches Interesse, denn England könne sich einfach nicht von Europa isolieren. Aber England müsse mit der größten Vorsicht handeln und sich nicht weiter binden, als unbedingt notwendig sei. Hierin liege das eigentliche Problem der augenblicklichen englischen Sicherheitspolitik. Mit geschlossenen und polnischen Grenzen könne England nichts zu tun haben.

Lord Haldane betonte sodann nochmals, daß auch dem Völkerbund eine große Rolle bei künftigen Friedensregelungen obliege, und er schloß damit, daß er der Regierung keine Schwierigkeiten in bezug auf den Sicherheitspakt bereiten werde, obwohl er zu der Opposition gehöre.

Der Kampf gegen die Schuldflüge.

Eine Propagandaausstellung in Stuttgart.

Im Rahmen der Propagandawoche des Arbeitsausschusses deutscher Verbände wurden auf Schloß Rosenstein bei Stuttgart die Weltkriegsbücherei und die damit verbundene Ausstellung über die Kriegspropaganda des Auslands feierlich eröffnet.

Der Präsident des Arbeitsausschusses deutscher Verbände, Gouverneur z. D. Schneer, betonte in der Eröffnungsansprache, daß der geistige Kampf gegen Deutschland, der in dieser Ausstellung vorgeführt werde, noch nicht beendet sei, sondern in vielfältiger Form noch fortgesetzt werde. Es sei von großer Wichtigkeit, sich über die feindliche Propaganda klar zu werden, um ihr begegnen zu können. Die Ausstellung will besonders im Kampf gegen die Versailler Schuldflüge Anregungen und Hilfsmittel bieten. Die Grundlage für eine solche Arbeit sei durch die Erzielung einer gemeinsamen Ueberzeugung innerhalb des deutschen Volkes, daß die Versailler Schuldflüge eine Lüge sei, bereits erreicht. Jetzt gelte es, die breiten Massen des Auslandes mit Hilfe des reichen Dokumentenmaterials, das in den letzten Jahren ans Tageslicht gekommen sei, ebenfalls von der Unwahrheit des Schuldfluges von Versailles zu überzeugen.

Die Notwendigkeit der Auslandspropaganda.

Der Leiter der Weltkriegsbücherei, Dr. Selger, wies ausführlich auf die Wichtigkeit der Propaganda für das politische Schicksal des deutschen Volkes hin. Die Propaganda sei für eine waffenloses Volk ein Grundproblem seiner politischen Zielsetzung. Der Weltkrieg, der schließlich durch Propaganda entschieden worden sei, habe die Wichtigkeit der Propaganda allen deutlich vor Augen geführt. Das deutsche Volk als ein politisch junges Volk habe allen Grund, seine Aufmerksamkeit auf die Propaganda energisch zu konzentrieren.

Die Weserkatastrophe.

Die Zeugenansagen im Belzheimer Prozeß.

In dem Prozeß aus Anlaß des Reichswehrunglücks auf der Weser wurde nach der Vernehmung des Angeklagten, Pionieroberleutnant Jordan, mit der Vernehmung der Zeugen begonnen.

Der erste Zeuge, Leutnant Kleinkemper, von der Kompanie des Oberleutnants Jordan, erklärte im Gegensatz zu Jordan, daß die Fähre, auf der sich die verunglückte Reichswehrabteilung befand, sofort nach der Abfahrt anfang zu gieren, d. h. vom geraden Kurs abzuweichen. Sein Befehl, die Sachen und die Gewehre wegzuworfen, sei von den Leuten nicht befolgt worden. Von den auf der Fähre befindlichen hätten auch nur drei oder vier Mann schwimmen können. Als schließlich das Rettungsboot angekommen sei, seien alle in den Ponton gesprungen, der dadurch sofort kenterte. Der Zeuge sei dann selbst ins Wasser gefallen und von einer Zivilperson gerettet worden. Sodann wird als Zeuge Leutnant Schlepper vernommen, der erklärt, eine Bewegung der Mannschaften habe bei der Ueberfahrt der Fähre von ihm nicht wahrgenommen werden können, er glaube auch nicht, daß dies die Ursache der Katastrophe sei. Zu den gleichen Feststellungen kamen die weiteren Zeugen, Hauptmann Krone, Leutnant Zinke und Hauptmann Starke.

Der Zeuge Hauptmann Jermann erklärte, er habe sich Jordan gegenüber vor der Abfahrt der Fähre ganz entschieden

gegen ihre zu große Belastung ausgesprochen.

Jordan habe dies aber nicht nur nicht beachtet, sondern wolle noch mehr Leute auf die Fähre laden, was der Zeuge nur mit Mühe verhindern konnte.

Auf eine Frage des Vorsitzenden erwiderte der Angeklagte, er glaube, daß

die Bauart der Fähre Schuld trage.

In der Mitte der Fähre entstehe ein Wassererschwall, wodurch das Wasser hochgedrückt werde und in die Pontons laufe. Ferner möge auch das Reißen des Taues und die Gebälkbelastung zu dem Unglück beigetragen haben.

Am zweiten Verhandlungstage wurde zunächst der Pionierunteroffizier Koch vernommen. Nach seinen Angaben war in der Hauptache die Panik Schuld an dem Unglück. Die Fähre hatte gleich zu Beginn der Fahrt Gierstellung, kurz darauf drang das Wasser schwallweise in die Pontons der linken Seite. Der Zeuge gab darauf den Befehl: „Alles Oberwasser treten“, d. h. die Mannschaften sollten auf die entgegengesetzte Seite der Fähre treten, um den Wasserpiegel an der Seite der gefährdeten Pontons zu senken. Statt dessen beugten sich die Soldaten, die den Befehl offenbar mißverstanden hatten, noch weiter nach vorn, die Folge davon war, daß die Pontons sich auf dieser Seite vollständig füllten.

Auch die übrigen Zeugen, vorwiegend Infanteristen und Pioniere aus Minden, Detmold und Büdelsburg, die an der Unglücksfahrt teilgenommen haben, bestätigten, daß sich die Mannschaften, als der Schreckensruf: „Wasser im Ponton!“ ertönte, unruhig bewegten und dadurch die Fähre zum Schwanken brachten.

Die Wünsche der Sparer.

Die Vertreter der Aufwertungsorganisationen bei Hindenburg.

Die Vertreter der in der „Arbeitsgemeinschaft der Aufwertungsorganisationen“ zusammengeschlossenen Verbände haben am Montag dem Reichspräsidenten v. Hindenburg den angeforderten Besuch abgestattet. Dem Empfang wohnte seitens der Reichsregierung der Reichsjustizminister Dr. Frenken bei.

Oberlandesgerichtspräsident a. D. West trug dem Reichspräsidenten die Entwicklung der Aufwertungsfrage, die gegenwärtige Kompromißvorlage und die Forderungen und Wünsche der Gläubiger und Sparer hierzu vor; Universitätsprofessor Dr. Großmann behandelte das Aufwertungsproblem vom wirtschaftswissenschaftlichen Standpunkt, Dr. Krenz im besonderen die Lage der Rentner und die Frage der Rückwirkung der Aufwertung; Niemer und Gäbler legten die Wünsche der Kriegsbefähigten und Kriegshinterbliebenen und die wirtschaftliche Notlage dieser Kreise dar, und Amtsgerichtsrat John sprach be-

sonders über die Aufwertung öffentlicher Anleihen, der Bankguthaben und über die Abgeltungsverordnung.

Der Reichspräsident erwiderte, daß er in Verbindung mit der Reichsregierung die ihm vorgebrachten Wünsche einer eingehenden Prüfung unterziehen und beraten werde.

Politische Rundschau.

Berlin, 24. Juni 1925.

Die Reichsregierung veröffentlicht jetzt in einem Weißbuch amtlich die Materialien zur Entwaffnungsnote vom 4. Juni 1925.

600 000 Wohnungen zu wenig. Im Wohnungsbau- und Siedlungsausschuß des Reichstages berichtigte Reichsarbeitsminister Dr. Brauns über die Lage im Wohnungsbau. Er bezifferte den Fehlbetrag an Wohnungen im ganzen Reich auf 600 000. Der Neubedarf an Wohnungen sei auf mindestens 150 000 für das Jahr anzunehmen. Ziel der Wohnungspolitik müsse es sein, den jährlichen Neubedarf zu decken und den Rest nach und nach zu beseitigen. Für die Jahre 1923 und 1924 bezifferte der Minister den Zugang an Wohnungen auf etwas über 100 000. Er wies darauf hin, daß das Bauen zurzeit fast doppelt so teuer wie im Frieden sei. Zur Verstärkung der Bauaktivität müsse eine Verbesserung des Kapitalmarktes und eine Verbilligung jeglicher Baukosten eintreten. Nach Berichten der Länder sei für das Jahr 1925 mit einem Gesamtaufwande von fast 1/2 Milliarde Rm. für Förderung des Wohnungsbauens zu rechnen.

Die preussische Regierungsfrage. Nach tagelanger stattgehabten Besprechungen von Vertretern des Zentrums, der Demokraten, der Sozialdemokraten und der Deutschen Volkspartei hat am Dienstag im Preussischen Landtage die Zentrumsfraktion erneut die Frage der Regierungsumbildung in Preußen erörtert. Sie hält an ihrem in der Frage der Regierungsumbildung in Preußen gefaßten Beschluß vom 9. Juni 1925 unverändert fest und ist der Auffassung, daß die Umbildung der preussischen Regierung mit größter Beschleunigung durchgeführt werden muß. In diesem Sinne soll von den Unterhändlern unverzüglich weiter verhandelt werden.

Verabschiedung der Zollvorlage bis zum 18. Juli.

Berlin, 24. Juni. Im Vorkomitee des Reichstages wurde beschlossen, nicht schon Anfang Juli die Beratungen auszusuchen und zur Erledigung der Zollvorlage dann etwa im August wieder zusammenzutreten, sondern nach dem bisher in Aussicht genommenen Geschäftsplan bis zum 18. Juli fortzutagen und auch bis dahin die Zollvorlage zu verabschieden.

Verlängerung der Aufwertungsfristen.

Berlin, 24. Juni. Im Aufwertungsausschuß des Reichstages wurde eine aus Basel gekommene telegraphische Anfrage vom Vorsitzenden dahin beantwortet, daß eine Verlängerung des am 30. Juni ablaufenden Gesetzes über die Fristen in der dritten Steuernotverordnung beabsichtigt sei, wenn bis dahin das neue Aufwertungs-Gesetz nicht verabschiedet sei.

Die Aufwertung der Sparprämienanleihe.

Berlin, 24. Juni. Der Aufwertungsausschuß des Reichstages hat beschlossen, bei der Sparprämienanleihe den aufwertenden Nennbetrag von 2000 Mark auf 1500 Mark herabzusetzen, mit der Aufwertung von 50 Mark.

Preussischer Landtag.

Berlin, 23. Juni.

Wieder einmal beschlußunfähig.

Bevor das Haus in die Fortsetzung der Etatsberatungen eintrat, sollte über den Antrag auf Gewährung einer Wirtschaftshilfe an die Beamten der Besoldungsgruppen 1-6 in Höhe von 100 Mark in den auch die Wartgeldempfänger, Ruhegeldempfänger und die Hinterbliebenen mit eubegriffen werden sollen, abgestimmt werden. Es ergab sich jedoch die Beschlußunfähigkeit des Hauses.

In der sofort einberufenen zweiten Sitzung wurde der Rest des Gehaltsauschusses in kurzer Aussprache erledigt und in die zweite Beratung des Domänenhaushalts eingetreten.

Staatssekretär Ramm berichtete über die Kulturbearbeitung der Hochmoore. Für die Regierung handelte es sich darum, die 60 000 Morgen noch unkultivierten Landes in den Hochmooren in möglichst kurzer Zeit zu kultivieren und zu besiedeln. Siedeln kostet aber immer Zeit, und besonders lange dauert es in den Mooren.

Hierauf wurde die Weiterberatung auf Mittwoch 12 Uhr vertagt.